

Kategorie	Empfänger	Begründung
Business und Finanzen	<u>SWIFT</u> , vertreten durch das österreichische <u>SWIFT-</u> Aufsichtsratsmitglied Günther Gall <u>Raiffeisen</u> <u>Zentralbank</u>	Günther Gall stellte seit 2001 seine Schweigepflicht als Aufsichtsrat der SWIFT über seine Pflichten als gesetzestreuer Bürger des Staates <u>Österreich</u> und verheimlichte den Transfer europäischer und österreichischer Bankdaten an US-Behörden und Geheimdienste.

[http://www.bfdi.bund.de/bfdi\\_wiki/index.php/Big\\_Brother\\_Awards](http://www.bfdi.bund.de/bfdi_wiki/index.php/Big_Brother_Awards)

## 2006

Die Verleihung fand am 25. Oktober 2006 im Wiener Rabenhof Theater statt.

Kategorie	Empfänger	Begründung
Business und Finanzen	SWIFT, vertreten durch das österreichische SWIFT- Aufsichtsratsmitglied Günther Gall Raiffeisen Zentralbank	Günther Gall stellte seit 2001 seine Schweigepflicht als Aufsichtsrat der SWIFT über seine Pflichten als gesetzestreuer Bürger des Staates Österreich und verheimlichte den Transfer europäischer und österreichischer Bankdaten an US-Behörden und Geheimdienste.
Politik	Innenministerin Liese Prokop (ÖVP)	Im Vorwahlkampf war Innenministerin Liese Prokop (ÖVP) primär mit der öffentlichkeitswirksamen Installation polizeilicher Videoüberwachungsanlagen an mindestens elf Standorten in ganz Österreich und der Beschaffung von automatischen Kennzeichenlesegeräten für Autobahnen (Rasterfahndung) beschäftigt.
Behörden und Verwaltung	HAK Grazbachgasse	Johann Janisch, EDV-Leiter der UNESCO-Schule HAK Grazbachgasse und zuständig für die Einführung der edu.card, beglückt seine Schüler mit Erfahrung einer totalen Verknüpfbarkeit von Zutrittskontroll-, Zahlungs-, Kopier-, Login- und Klassenbuchdaten.
Kommunikation	Chris Hibbert (Walt Disney TV Int)	Chris Hibbert und andere Content-Produzenten nehmen Einfluss auf zukünftige technische Standards und machen sich besonders für die Einführung einer totalen Rechtekontrolle bis ins Wohnzimmer stark.
Lebenslanges-Ärgernis	Dr. Jörg Haider	Unter Missachtung der höchsten österreichischen Judikatur und internationaler Verträge, enthält Landeshauptmann Dr.

Jörg Haider Minderheiten ihre wohlerworbenen Rechte vor.

Pro-Stupiditate	Brigitte Ederer	Seit Brigitte Ederer nicht mehr Politikerin ist, sondern als Chefin von Siemens Österreich biometrische Bevölkerungskontrolle propagiert, ist ihr der Begriff "Verantwortung" abhanden gekommen - dümmste Ausrede, fand die Jury
Volkswahl	SWIFT	Beim Publikum hinterließ die SWIFT-Affäre den stärksten Eindruck. Günther Gall und SWIFT erhielten fast doppelt so viele Stimmen wie die Überwachungsanfänge der Österreichischen Bundesbahnen und die UNIQA GPS-Autoversicherung.
Positiv-Award Defensor Libertatis	Hans Zeger	Der Obmann der ARGE Daten thematisiert seit 1983 <a href="#">Datenschutz</a> in Österreich.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Big\\_Brother\\_Award#1999](http://de.wikipedia.org/wiki/Big_Brother_Award#1999)

### 1999

Kategorie	Empfänger	Begründung
Business und Finanzen	<a href="#">Kreditschutzverband von 1870</a>	für die laufende Publikation von unklaren und veralteten Wirtschafts- und Schuldnerdaten
Politik	österreichische EU-Parlamentarier	für die Zustimmung zu den sogenannten <a href="#">Enfopol</a> -Abhörinitiativen
Behörden und Verwaltung	<a href="#">Statistik Austria</a>	Verantwortlicher Karl Isamberth für die geplante Volkszählung 2001, die gleichzeitig einem Abgleich mit dem Melderegister und der Einführung eines Personenkennzeichens dienen soll.
Kommunikation und Marketing	<a href="#">Schober Direct Marketing</a>	Bietet für über 5 Millionen österreichische Individuen jeweils bis zu 50 zusätzliche personenbezogene Informationen an.
Lifetime Achievement	Innenminister <a href="#">Karl Schlögl</a>	Für eine Amtszeit, während der Grundrechte wie Schutz der Privatsphäre, Schutz der persönlichen Daten, Redaktionsgeheimnis permanent in Frage gestellt wurden.
People's choice	-	-

---

---

# Österreich blockiert Weitergabe von Bankdaten an USA

12.11.2009 | 15:02 | (DiePresse.com)

**Die EU will den USA "alle relevanten" Kontodaten preisgeben, doch Österreich stellt sich quer: Der Entwurf wird blockiert, bis der Datenschutz garantiert ist. Seine schwedischen Schöpfer wollen ihn dennoch durchbringen.**

Österreich und drei weitere EU-Staaten haben sich in gegen das Abkommen zum [Datenaustausch von Bankinformationen](#) (SWIFT) mit den USA ausgesprochen. ÖVP-Innenministerin Maria Fekter teilte mit, dass sie dem derzeitigen Entwurf nicht zustimmen könne, weil der Datenschutz nicht ausreichend gesichert sei. Die EU-Kommission verwies am Donnerstag in Brüssel darauf, dass die Verhandlungen weiter gingen und die Verantwortung bei der schwedischen Ratspräsidentschaft liege.

## "...wie wir es uns vorstellen"

Man werde dem Text so lange nicht zustimmen können, solange nicht die "datenschutzrechtlichen Parameter in der Art und Weise erfüllt werden, wie wir uns das vorstellen", sagte Fekters Sprecher Gregor Schütze am Donnerstag auf Anfrage. Auf konkrete Inhalte wollte Schütze nicht eingehen.

## SPÖ: EU muss Bürger schützen

Der SPÖ-Europaabgeordnete Hannes Swoboda meinte, es könne nicht akzeptiert werden, dass der US-Kongress immer wieder Entscheidungen zu Lasten europäischer Bürger treffe, aber andererseits das EU-Parlament vom Rat nicht die Möglichkeit bekomme, die Rechte der EU-Bürger zu schützen. Deswegen sei es nicht akzeptabel, dass der Rat der EU-Justiz- und Innenminister das SWIFT-Abkommen bei seiner Sitzung am 30. November annehme, also einen Tag vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags.

Der ÖVP-Delegationsleiter im EU-Parlament, Ernst Strasser, lehnte einen "nahezu unbegrenzten Zugriff der USA auf Daten europäischer Bankkunden absolut ab". Zuerst müssten die Grundvoraussetzungen wie "glasklarer Datenschutz und vollständige Reziprozität erfüllt werden", betonte der frühere Innenminister.

## Schweden will Entwurf durchbringen

Was den vorgesehenen Zeitpunkt Ende November betrifft, zeigte sich die schwedische Ratspräsidentschaft trotz der Bedenken von Österreich, Deutschland, Frankreich und Finnland ablehnend zur Verschiebung auf ein späteres Datum. Man sei optimistisch, in praktisch täglichen Verhandlungen doch noch zu einer Einigung zu kommen, hieß es am Donnerstag.

Die EU-Kommission zeigte sich am Donnerstag eher zurückhaltend. Der Sprecher von Justizkommissar Michel Barnier, Michele Cercone, erklärte, es gehe zunächst um ein Übergangsabkommen von maximal zwölf Monaten. Ein definitives Abkommen werde auf jeden Fall unter dem Lissabon-Vertrag diskutiert. Es sollte aber dazwischen keine "Sicherheitslücke" entstehen. Jedenfalls seien die Daten strikt auf Anti-Terror-Aktivitäten zu begrenzen und dürften das Privatleben der Bürger nicht beeinträchtigen.

## USA lasen Daten jahrelang illegal

Nachdem die USA jahrelang Überweisungsdaten des in Belgien beheimateten Finanzdienstleisters Swift (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) abgeschöpft hatten, soll der mit Terrorismus und Organisierter Kriminalität begründete Datenaustausch nun in zwei Abkommen auf legale Beine gestellt werden. Datenschützer befürchten einen weitgehenden und unkontrollierten Zugriff auch auf binnenstaatliche Überweisungen. Die geplanten Vorschriften über die Weiternutzung der Daten in den USA seien noch unscharf. Die rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten für europäische Bürger in Amerika seien ebenfalls ungenügend.

(ag)

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/521279/Oesterreich-blockiert-Weitergabe-von-Bankdaten-an-USA>

---

## Unkontrollierte Weitergabe von SWIFT-Daten an die USA durch Europol

Das im Sommer 2010 verabschiedete [SWIFT](#)-Abkommen (korrekt TFTP Agreement) sah vor, dass die Anfragen über Überweisungen ins [EU](#)-Ausland von den [USA](#) an [SWIFT](#) von [Europol](#) kontrolliert werden sollte. Nach einer Inspektion durch den [JSB](#) (der sich zu emanzipieren anfängt) scheint diese Kontrolle nicht vorhanden zu sein, da [Europol](#) kritiklos alle Anfragen genehmigt hat, obwohl sie nicht den Anforderungen entsprachen. Der Linken Abgeordnete Andrej Hunko fordert deswegen den Rücktritt des Europol Direktors <sup>15</sup>

[http://www.datenschmutz.de/moin/Europol#Unkontrollierte\\_Weitergabe\\_von\\_SWIFT-Daten\\_an\\_die\\_USA\\_durch\\_Europol](http://www.datenschmutz.de/moin/Europol#Unkontrollierte_Weitergabe_von_SWIFT-Daten_an_die_USA_durch_Europol)

---

8	<a href="#">Otto Rösch</a>	21. April 1970	SPÖ	
9	<a href="#">Erwin Lanc</a>	8. Juni 1977	SPÖ	
10	<a href="#">Karl Blecha</a>	24. Mai 1983	SPÖ	1983 wurde Blecha <a href="#">österreichischer Innenminister</a> . Von diesem Amt trat er 1989 aufgrund seiner Verwicklung in die Affären <a href="#">Lucona</a> und <a href="#">Noricum</a> zurück. Wegen Beweismittelunterdrückung und

				Urkundenfälschung im Fall Noricum wurde Blecha 1993 rechtskräftig zu einer neunmonatigen bedingten Haftstrafe verurteilt. <sup>[1]</sup>
11	<a href="#">Franz Löschnak</a>	2. Februar 1989	SPÖ	Einführung des <a href="#">Gedenkdienstes</a> in NS-Gedenkstätten.
12	<a href="#">Caspar Einem</a>	6. April 1995	SPÖ	
13	<a href="#">Karl Schlögl</a>	28. Jänner 1997	SPÖ	
14	<a href="#">Ernst Strasser</a>	2. März 2000	ÖVP	Zusammenlegung von <a href="#">Bundesgendarmerie</a> , <a href="#">Bundessicherheitswachekorps</a> und <a href="#">Kriminalbeamtenkorps</a> zur <a href="#">Bundespolizei</a> wird beschlossen   Am 21. März 2011 leitete das <a href="#">Europaparlament</a> eine innere Untersuchung ein und die österreichische <a href="#">Korruptionsstaatsanwaltschaft</a> begann mit Vorermittlungen. <sup>[34]</sup> Zwei Tage später leitete das <a href="#">Europäische Amt für Betrugsbekämpfung</a> ein Schnellverfahren gegen Strasser und die beiden anderen Parlamentarier ein. <sup>[35]</sup>
15	<a href="#">Günther Platter</a>	11. Dezember 2004	ÖVP	Der Verteidigungsminister übernahm das Ministeramt nach Strassers Rücktritt interimistisch.
16	<a href="#">Liese Prokop</a>	22. Dezember 2004	ÖVP	Die von Strasser beschlossene Zusammenlegung wird umgesetzt.
17	<a href="#">Wolfgang Schüssel</a>	2. Jänner 2007	ÖVP	Der Bundeskanzler übernimmt interimistisch das Ministeramt nach Prokops überraschendem Tod.   Seit März 2010 <sup>[41]</sup> <a href="#">Aufsichtsratsmitglied</a> des deutschen Energiekonzerns <a href="#">RWE</a> <sup>[51]</sup> . Anfang September 2011 legte Schüssel aufgrund der <a href="#">Telekom-Affäre</a> sein Nationalratsmandat zurück. <sup>[6]</sup>
18	<a href="#">Günther Platter</a>	11. Jänner 2007	ÖVP	1. Innenminister der <a href="#">Regierung Gusenbauer</a>
19	<a href="#">Wilhelm Molterer</a> <sup>[1]</sup>	30. Juni 2008	ÖVP	2. Innenminister der <a href="#">Regierung Gusenbauer</a> (interimistisch bis zur Angelobung von Maria Fekter am 1. Juli 2008)
20	<a href="#">Maria Fekter</a>	1. Juli 2008	ÖVP	3. Innenministerin der <a href="#">Regierung Gusenbauer</a> , ab <a href="#">2. Dezember 2008</a> 1. Innenministerin der <a href="#">Regierung Faymann</a>   Am 3. November 2008 entthob Fekter den damaligen Direktor des <a href="#">österreichischen Bundeskriminalamts</a> , <a href="#">Herwig Haidinger</a> , seines Amtes, nachdem dieser ehemalige Innenminister

beschuldigte, politisch Einfluss auf die Ermittlungen zur [BAWAG-Affäre](#) genommen zu haben.<sup>[9]</sup> Die Suspendierung wurde im Februar 2009 von der Disziplinarkommission des Innenministeriums als teilweise rechtswidrig aufgehoben.<sup>[10]</sup> Die Kritik der Oppositionsparteien reichte von „[Amtsmissbrauch](#)“ ([Werner Neubauer](#)) bis zu „schweren [Machtmissbrauch](#)“ ([Peter Pilz](#)), ein Untersuchungsausschuss wurde gefordert.<sup>[11]</sup>

21 [Johanna Mikl-Leitner](#) 21. April 2011 ÖVP 2. Innenministerin der [Regierung Faymann](#)

Suchen:

- [Anmelden](#)

[Datenschmutz Wiki](#)

- [Europol](#)
- [Aktuelle Änderungen](#)
- [Seite Finden](#)
- [Hilfeshalt](#)
- [Europol](#)
- [Editieren](#)
- [Info](#)
- 

Weitere Aktionen:

Bitte vorm Ändern von Seiten [Editieren Via SSL](#) lesen.

- [Auskunftsuchen](#)
- [Startseite](#)
- [Überblick](#)
- [Rechtslage](#)
- [Anekdoten](#)
- Datenbanken von...
- [BKA](#)
- [Ländern](#)
- [EU](#)
- [Bundespolizeien](#)
- [anderen Behörden](#)

- [Telekoms, Banken...](#)
- [Diensten](#)
- Sonstiges
- [Technisches](#)
- [Private Datenbanken](#)
- [Hersteller](#)
- [Beitragen](#)

## Inhaltsverzeichnis

1. [EUROPOL](#)
  1. [Aufgaben von Europol](#)
  2. [Rechtliche Grundlagen](#)
    1. [Übersicht über die Rechtsakte von Europol](#)
    2. [Europol Konvention EPK \(veraltet\)](#)
    3. [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#)
    4. [Artikel 88 AEU-Vertrag](#)
    5. [Europol Gesetz](#)
    6. [Ratsbeschluss zum Austausch mit Drittstaaten](#)
    7. [Geheimhaltungsregeln von Europol](#)
  3. [Datenbanken von Europol](#)
    1. [Beschreibung der Vorgehensweise zum Datenaustausch der Polizeien mit Europol](#)
    2. [Informationssystem \(IS\)](#)
    3. [Analysedateien \(AWF\)](#)
    4. [Check the Web](#)
    5. [Europe Bomb Database](#)
    6. [ECCP \(in Planung\)](#)
  4. [Zur Verfügung gestellte Infrastruktur zum EU-Datenaustausch](#)
    1. [Informationsaustauschsystem InfoEx](#)
  5. [Organisation von Europol](#)
    1. [Immunität](#)
    2. [Verwaltungsrat](#)
    3. [Direktor](#)
    4. [Verbindungsbeamte ELOS](#)
    5. [AnalytikerInnen](#)
    6. [ExpertInnen](#)
    7. [Gemeinsame Ermittlungsgruppen](#)
  6. [Kontrolle von Europol](#)
    1. [Kontrolle durch das Parlament](#)
    2. [Die Kontrolle durch die nationalen Datenschutzbeauftragten](#)
    3. [Gemeinsame Kontroll Instanz \(GKI\) oder Joint Supervisory Body \(JSB\)](#)
  7. [Auskunftsrecht](#)
    1. [Beschwerdemöglichkeit beim JSB](#)
    2. [Anzahl Auskunftsanträge bei Europol](#)
  8. [Geschichte](#)
  9. [Kritik](#)
  10. [Weiteres](#)
    1. [Kooperation mit FRONTEX, Eurojust und anderen EU-Institutionen](#)
    2. [Beteiligung am EU-Rahmenforschungsprogramm](#)
    3. [EU-weite Verdeckte Ermittler im Rahmen von Europol](#)
    4. [Unkontrollierte Weitergabe von SWIFT-Daten an die USA durch Europol](#)
    5. [Für den Europol-Direktor besteht Datenschutz nur aus Geheimhaltungsregeln](#)

11. [Links](#)
12. [Referenzen](#)

## EUROPOL



Europol gehört zur ehemaligen dritten Säule der EU, der polizeilich-justiziellen Zusammenarbeit in [Europa](#).

### Aufgaben von Europol

Die Hauptaufgabe von Europol ist vor allem die Sammlung und Auswertung von Daten von Personen, die nach Glaube von Europol und den nationalen Polizeien [MitgliederInnen](#) von mafiösen Strukturen oder [TerroristInnen](#) (dazu gehören nach Europol auch radikale [TierschützerInnen](#)) seien. Bei Europol sind ca. 70 [AnalytikerInnen](#) angestellt, die die Hauptauswertung der Daten von Analysenprojekten zu Phänomenbereichen vornehmen. Die Koordinierung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten erfolgt durch sogenannte [Verbindungsbeamte](#), die dafür sogenannte Verbindungsbüros im Europol-Gebäude unterhalten. Für seine Hauptaufgabe die Vernetzung der europäischen Polizeibehörden betreibt Europol zwei [Datenbanksysteme](#) :

- Auf die Datenbank "Informationssystem" [IS](#) können alle nationalen Stellen in den Mitgliedstaaten zugreifen können. In der BRD haben befugte Beamte der anderen Polizeibehörden unmittelbar Zugriff zu [IS](#). Daneben wird die IS-Datenbank auch durch Daten von Drittstaaten und [Interpol](#) gespeist.
- Die Analysedatenbanken ([AWFs](#)) enthalten Teildatenbanken für konkrete Fälle, so genannte Einzelfallanalysen, oder auch die längerfristige Beobachtung von Phänomenen, wie z.B. islamischer Terrorismus, radikale [TierschützerInnen](#) und anarchistische [TerroristInnen](#). Bei der Phänomenbeobachtung werden die Ergebnisse allen Zentralstellen der Mitgliedstaaten und den einspeisenden lokalen Abteilungen der Polizeibehörden ([OK](#), [Staatsschutz](#)) mitgeteilt. Bei Einzelfallanalysen werden grundsätzlich nur die betroffenen Mitgliedstaaten und einspeisenden Abteilungen der lokalen Polizeibehörden der Mitgliedsstaaten informiert. Die Analyseergebnisse enthalten allerdings auch Personendaten und sind nicht rein kriminologischer Natur.



## Rechtliche Grundlagen

### Übersicht über die Rechtsakte von Europol

- [europa.eu](http://europa.eu): [Europäisches Polizeiamt](#)

### Europol Konvention EPK (veraltet)

Die von Europol Konvention (EPK) von 1995 besteht zu ca. 50% aus Regelungen zu [Datenbanken](#) u.ä., die wohl auch tatsächlich im Zentrum der Arbeit von Europol stehen sollen.

- [Europol-Konvention](#) (pdf)

### Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol

Im Hinblick auf den [Lissabon-Vertrag](#) wurde die Konvention ersetzt durch den Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol).

- [Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts \(Europol\)](#) (pdf)
- [Beschluss des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts \(Europol\)](#) (html)

### Artikel 88 AEU-Vertrag

In Artikel 88 AEU Vertrag, dem Ergänzungsvertrag zum [Lissabon-Vertrag](#) ist die Aufgabe von Europol definiert:

- [Artikel 88 AEU Vertrag](#) (html)

### Europol Gesetz

In der BRD werden diese Geschichten umgesetzt durch das Europol-Gesetz, das ansonsten noch regelt, dass das [BKA](#) nationale Stelle (für den Datenaustausch) und Behörde für die Auskunft ist und der [BfDI](#) die nationale Kontrollinstanz ist.

- [Gesetz zur Umsetzung des Ratbeschlusse von 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts](#) (html)

### Ratsbeschluss zum Austausch mit Drittstaaten

Die Regeln zum Austausch von Daten mit Drittparteien werden in einem Ratsbeschluss von 2009 geregelt.

- [Ratsbeschluss von 2009](#) (pdf)

*Anmerkung: Um Datenschutz im eigentlichen Sinn geht es dabei anscheinend nicht wirklich, denn die Summe der entsprechenden Vorschriften lässt sich mit "Wenn Europol es für nötig hält" umfassend beschreiben.*

## Geheimchutzregeln von Europol

Angesichts der geheimpolizeilichen Tendenzen von Europol lohnt vielleicht ein Blick in die Geheimchutzregeln von Europol:

- [Geheimchutz-Regeln von Europol](#) (pdf)

## Datenbanken von Europol

### Beschreibung der Vorgehensweise zum Datenaustausch der Polizeien mit Europol

In der Zeitung Streife<sup>1</sup> von 2004 schreibt ein ehemaliger [Verbindungsbeamte](#) aus [NRW](#) ganz offen, wie die normalen Kriminalbeamten aus [NRW](#) Europol am besten nutzen können. Die Straftaten sollten dabei einen gewissen Bezug zur OK aufweisen, aber das würde nicht so eng gesehen. Desweiteren müssten sie schon unter den Bereich Schwere Kriminalität fallen und mindestens für zwei [EU](#)-Staaten relevant sein. Sie müssten sich dann an die Verbindungsstelle beim [LKA NRW](#) wenden um darüber eine Anfrage an das Deutsche Verbindungsbüro bei Europol anzulegen. Desweiteren betont er, dass es wichtig sei, dass die Analysedateien ständig mit neuen Daten gefüttert werden. Es sei daher wichtig, dass jede [OK](#)-Abteilung in [NRW](#) Analyseberichte nach Europol schicken. (*Anmerkung: D.h. wenn die Empfehlungen inzwischen ernst genommen wurden dann schickt jede [Staatsschutz](#)-Abteilung jedes Graffiti mit politischen Inhalt zu Europol.*)

### Informationssystem (IS)

Der Sinn von [IS](#) ist es Verknüpfungen von Taten zu finden, die bi- und multilaterale Zusammenarbeit und Datenaustausch findet dann außerhalb von Europol statt. Europol hat somit vielfach nur vermittelnden Charakter.

Das Informationssystem bekommt Daten von nationalen Polizeien, von Analysedateien von Europol und auch durch Drittstaaten nach Artikel 11 [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#). Zugriff haben Europol-Beamte und die nationalen Polizeien. Jede zehnte Abfrage wird protokolliert. Die datenschutzrechtliche Verantwortung (d.h. insbesondere Löschung) trägt die einspeisende Behörde.

Nach offizieller [EU](#)-Angaben werden im Informations System [IS](#) Daten über Personen erfasst, die nach Maßgabe des nationalen Rechts des betreffenden Mitgliedstaats einer Straftat oder der Beteiligung an einer Straftat, für die Europol zuständig ist, verdächtigt werden oder die wegen einer solchen Straftat verurteilt worden sind oder die verdächtigt werden, Straftaten zu planen, für die Europol zuständig ist. Zuständig ist Europol für alle Delikte die grenzüberschreitend sind und einen gewissen Bezug zu Organisierter Kriminalität ([OK](#)) oder Terrorismus (d.h. allgemeine [Staatsschutz](#)-Delikte) ausweisen oder eine sonstige schweren Straftaten von [EU](#)-weiter Bedeutung. Direkten Zugriff auf die in [IS](#) gespeicherten Daten haben die nationalen Stellen (in der BRD ist das das [BKA](#) und befugte Beamte der lokalen Polizeibehörden können über das verschlüsselte System der Staatsanwaltschaften direkt auf [IS](#) zugreifen), die [Verbindungsbeamten](#), der Direktor und die stellvertretenden Direktoren sowie ermächtigte Europol-[MitarbeiterInnen](#). Zudem greift Europol [IS](#) auch auf die Daten von [SIS](#) zu, vermutlich auch schreibend.

## **Analysedateien (AWF)**

Jede Analysegruppe von Europol betreibt eine eigene Datenbank für ihre Arbeit. Diese werden [AWF](#) (Analytic Work Files) genannt.

Einer Analysegruppe gehören Analytiker und sonstige Bedienstete von Europol sowie die [Verbindungsbeamten](#) und/oder [SachverständigInnen](#) der Mitgliedstaaten an. Nur die [AnalytikerInnen](#) sind befugt, Daten in eine Analysedatei einzugeben, aber alle [TeilnehmerInnen](#) können daraus Daten abrufen.

Längerfristige Analysegruppen sind HYDRA, welche sich mit islamischen Terrorismus beschäftigt. Eine andere ist DOLPHIN, die sich mit nicht islamischen Terrorismus beschäftigt. Dazu gehören nach Auffassung von Europol auch militante [TierschützerInnen](#). Desweiteren beschäftigt sich Europol in seinen Terrorismusberichten auch mit Straftaten von Rechts- und Links-[ExtremistInnen](#), wie z.B. brennende Autos. Aus den AWF werden passende Indexsysteme erstellt, auf die vermutlich bei längerfristigen Analysen alle nationalen Stellen der Mitgliedsländer Zugriff haben.

## **Check the Web**

Offenbar irgendeine Sorte von [Wiki](#) o.ä. in dem "offene Quellen" im Internet gemeinsam gesammelt werden sollten, die "mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht werden könnten" (siehe 4 Teilbericht des [JSB](#)).

[EU observer](#) berichtet, dass der Zweck von Check the Web sei Redundanzen zu vermeiden:

- *If you see that a website is [already being] checked by another country, you can save energy.*

Nach Heise<sup>2</sup> soll die Plattform die Koordination und Arbeitsteilung bei der Auswertung von Online-Auftritten terroristischer Gruppierungen durch Experten sowie den Informationsaustausch über islamistische Websites verbessern. Bei den Experten aus der BRD befinden, die an Check the Web mitarbeiten, befinden sich auch [MitarbeiterInnen](#) der Verfassungsschutzbehörden<sup>3</sup>.

Laut Auskunft des [LfDI Hessen](#) in seinem 38. Teilbericht von 2010 soll Check the Web aus rechtlichen Gründen in eine Analysedatei überführt werden<sup>4</sup>.

## **Europe Bomb Database**

2009 hat Europol eine "Europe Bomb Database" ausgeschrieben, was immer das sein mag. Grundsätzlich mag sich ein Blick auf die Ausschreibungen von Europol auf der Europol-Webseite <sup>5</sup> lohnen.

## **ECCP (in Planung)**

Die [National and EU-Cybercrime Platforms](#) soll in Zukunft Internetkriminalität in der EU gemeinsam bekämpfen und von Europol koordiniert werden.

## Zur Verfügung gestellte Infrastruktur zum EU-Datenaustausch

### Informationsaustauschsystem InfoEx

[InfoEx](#) ist laut Europol Jahresbericht von 2008<sup>6</sup> eine Anwendung zum Datenaustausch im Rahmen des [Vertrags von Prüm](#) und der [Schwedischen Initiative](#) zwischen den Einzelstaaten für die Europol und die technische Schnittstelle zur Verfügung stellt. Die technische Realisierung von Info-Ex geschieht durch das [sTesta](#) Netzwerk, soll aber nach Angaben des Europol Jahresberichtes von 2008 in Zukunft durch [SIENA](#) (Secure Information Exchange Network Application) ersetzt werden.

In dem Europol Jahresbericht von 2008 sind die Werte von 2000- 2008 grafisch aufgetragen. Danach steigt die Zahl der Abfragen kontinuierlich an (im Jahre 2008 ca 280 Tausend), wogegen die Anzahl von initiierten Zusammenarbeiten zwischen den Mitgliedsstaaten eine Sättigung zu von ca 8000 zu erreichen scheint.

## Organisation von Europol

### Immunität

Sämtliche [MitarbeiterInnen](#) (auch die [Verbindungsbeamte](#)) genießen nach Artikel 51 [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) auf Grund des Protokolles über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften Immunität.

### Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat, der sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat zusammensetzt und in den die Kommission einen Vertreter mit Beobachterstatus entsendet. Der Verwaltungsrat wirkt unter anderem an der Festlegung der vorrangigen Ziele von Europol mit, legt die Rechte und Pflichten der [Verbindungsbeamten](#) einstimmig fest, bestimmt die Voraussetzungen für die Verarbeitung der Daten, genehmigt die [Errichtungsanordnungen](#) zu den [AWFs](#) und prüft die Probleme, auf die ihn der [JSB](#) aufmerksam macht. In der BRD werden die deutschen [VertreterInnen](#) für vom Bundesinnenminister ernannt ([§ 7 Europol Gesetz](#)).

### Direktor

Der Direktor, der nach Stellungnahme des Verwaltungsrates einstimmig vom Rat der [EU](#) für einen Zeitraum von vier Jahren ernannt wird, wobei eine einmalige Wiederernennung zulässig ist. Der Direktor wird von drei stellvertretenden Direktoren unterstützt, die vom Rat der [EU](#) ebenfalls für einen Zeitraum von vier Jahren ernannt werden, wobei eine einmalige Wiederernennung möglich ist

Quelle: [europa.eu](http://europa.eu)

### Verbindungsbeamte ELOS

Die Mitgliedsstaaten von Europol entsenden nach Artikel 9 des [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) jeweils [Verbindungsbeamte](#) zu Europol, die ELOS (Europol-Liaison Officers) genannt werden. Im Jahre 2008 arbeiteten rund 622 Menschen für Europol. Davon waren 124 [Verbindungsbeamte](#). Die [Verbindungsbeamten](#) stammen nicht nur aus den jeweiligen

Mitgliedstaaten der europäischen Union. Auch [Drittstaaten](#), wie Australien, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Island, Norwegen, Russland, [Schweiz](#), die [USA](#) und [Interpol](#) entsenden zusätzlich zu den einzelnen Mitgliedstaaten einen oder mehrere [Verbindungsbeamte](#). Die Verbindungsbeamte aus der EU sind dabei neben der Koordinierung der Dateneingabe und Abfrage aus dem Mitgliedsland auch für die zwischenstaatliche Koordinierung wie grenzüberschreitender [Observation](#) und andere [Maßnahmen](#) zuständig. Die BRD schickt [Verbindungsbeamte](#) vom [BKA](#), vom [Zoll](#), der [Bundespolizei](#) und einigen [LKA](#)s. Die [VerbindungsbeamtenInnen](#) besitzen eigene Verbindungsbüros im Europol-Gebäude.

## **AnalytikerInnen**

[AnalytikerInnen](#) die hauptverantwortlichen für die Analysedateien ([AWF](#)). Momentan sind ca 70 [AnalytikerInnen](#) bei Europol beschäftigt. Laut einem Artikel der österreichischen Fachzeitschrift die Kriminalisten<sup>7</sup> setzen sich die [AnalytikerInnen](#) aus Kriminalbeamten, Militärangehörigen und ehemaligen [AngestellInnen](#) von Privatfirmen zusammen. [AnalytikerInnen](#) sind das, was in den amerikanischen Krimis meist Profiler genannt wird. Nur sind sie in der Regel keine Psychologen und verlassen sich auch nicht auf den 6-Sinn von Psychologen, sondern eher auf das Computer-Orakel namens [Data Mining](#)

## **ExpertInnen**

Experten/innen oder competent authorities, wie sie in den Europol Jahresberichten<sup>8</sup> genannt werden, stammen von den Sicherheitsbehörden der Mitgliedsländer und sind an die Verbindungsbüros angegliedert. Bei den meisten Staaten stammen die Experten/innen von [Polizei](#), [Zoll](#) und Militärpolizei. Die BRD schickt dagegen auch Experten/innen des [BfV](#) und der [LfV](#) nach Den Haag. Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken von 2010<sup>9</sup>, sei der Verfassungsschutz nur am [Check the Web](#) beteiligt.

## **Gemeinsame Ermittlungsgruppen**

[Europol](#) kann nach Artikel 6 des [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) in unterstützender Funktion an gemeinsamen Ermittlungsgruppen teilnehmen, einschließlich an jenen, die gemäß Artikel 1 des Rahmenbeschlusses 2002/465/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über gemeinsame Ermittlungsgruppen, gemäß Artikel 13 des Übereinkommens vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder gemäß Artikel 24 des Übereinkommens vom 18. Dezember 1997 über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen eingesetzt werden, sofern diese Gruppen Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten führen, für die Europol gemäß Artikel 4 [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) zuständig ist. Nach dem Vorwort zum [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) dienen die gemeinsamen Ermittlungsgruppen dazu, dass Europol auch ermitteln kann, wenn keine tatsächlichen Anhaltspunkte für mafiöse Strukturen vorliegen. Um dieses rechtlich zu ermöglichen, genießen die Europol-Beamte in diesem Fall keine Immunität.

## **Kontrolle von Europol**

### **Kontrolle durch das Parlament**

Nach Artikel 88 des [AEU-Vertrages](#) soll die Kontrolle von Europol auch durch das EU-Parlament gewährleistet werden. Bis jetzt (Anfang 2011) gibt es dafür nur Pläne und keine Umsetzung<sup>10</sup>

## Die Kontrolle durch die nationalen Datenschutzbeauftragten

Die nationalen [Datenschutzbeauftragten](#) dürfen nach Art. 33 [Ratsbeschlusses zur Errichtung von Europol](#) prüfen, ob Datenübermittlungen und -abrufe ihrer Behörden in Ordnung waren und dürfen dazu bei den nationalen [Verbindungsbeamten](#) vorbeischaun. In der BRD teilen sich [BfDI](#) und [LfDI](#)s die Kontrolle. Der [BfDI](#) kontrolliert die Übermittlung an Europol und die [LfDI](#)s die Übermittlung der lokalen Polizeibehörden an die Europol-Schnittstellen Datenbank gemäß [§ 3 Europol-Gesetz](#) beim [BKA](#).

## Gemeinsame Kontroll Instanz (GKI) oder Joint Supervisory Body (JSB)

Die Arbeit von Europol selbst überwacht nach Artikel 34 [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) eine extra "Aufsichtsbehörde" aus maximal je zwei staatlichen [Datenschutzbeauftragten](#) der Mitgliedsstaaten, den Joint Supervisory Body [JSB](#) oder Gemeinsame Kontrollinstanz GKI). Der [JSB](#) hat ein eigenes Sekretariat und tagt alles paar Monate.


- Vgl [Joint Supervisory Body](#)

## Auskunftsrecht

Das Auskunftsrecht ist einer der Punkte, an denen eine tendenziell geheimpolizeiliche Note von Europol besonders spürbar wird. Zwar gibt es grundsätzlich ein [Auskunftsrecht](#) (, das sich einerseits "kostenlos" und andererseits an nationalstaatlichen Regelungen orientiert sein soll). Allerdings können "unmittelbar betroffene Mitgliedsstaaten" unter nicht ganz klaren Voraussetzungen Einspruch gegen die Auskunft einlegen . Die Auskunft unterbleibt dann *ohne Hinweis auf den Einspruch* und die Antwort von Europol darf keinen Hinweis enthalten, dass gespeichert wird.

## Beschwerdemöglichkeit beim JSB

Es gibt die Möglichkeit gegen die Auskunft beim Joint Supervisory Body ( [JSB](#) ) Beschwerde einzulegen. Der [JSB](#) (deutsch: Gemeinsame Kontrollinstanz) hat die Möglichkeit eine Auskunftsverweigerung von Europol mit Zweidrittelmehrheit zu beanstanden.

 Bis jetzt hatte nur eine Person welche in den Niederlanden lebt Erfolg, da sich die Auskunft an dem jeweiligen Datenschutzgesetzen orientiert. In den Niederlanden ist das Recht auf informelle Selbstbestimmung recht weitgehend, daher wurde ihm zugestanden zu wissen ob etwas gespeichert ist<sup>11</sup> Theoretisch sollte daher jeder/e sein Auskunftsersuchen auf Niederländisch an die dortige Polizei schicken...

Am 1. März 2011 wurde auch einer Beschwerde aus der BRD stattgegeben, da die Antwort nicht mit dem BRD-Recht vereinbar sei (vgl [Final Decision Mr. A](#),pdf).

## Anzahl Auskunftsanträge bei Europol

 Zahlen: 2008 135 Auskunftsersuchen -- Kinder, das können wir verzehnfachen, oder?

## Geschichte

Ende der 1980-er Jahre brachte der damalige Bundeskanzler der BRD Helmut Kohl die Idee auf eine europaweite Polizei analog zum FBI zu schaffen. Diese Idee scheiterte jedoch vor allem am Widerstand von UK. Stattdessen wurde im Maastricht-Vertrag von 1991 beschlossen eine Behörde zum Informationsaustausch in Europa mit dem Namen Europol zu gründen. Die Verhandlungen für die Konvention zur Schaffung von Europol zogen sich allerdings in die Länge, so dass die Europol-Konvention erst 1998 in Kraft trat. Insbesondere die geforderte Immunität für die [MitarbeiterInnen](#) von Europol war ein strittiger Punkt. Im Jahre 1999 nahm Europol unter einem Deutschen Direktor dann die Arbeit auf. In den ersten Jahren war die Datenübermittlung, wegen dem gegenseitigen Misstrauen der Polizeibehörden, an Europol allerdings noch ziemlich mau. Seitdem Terroranschlag in Madrid 2004 wurden deswegen die Polizeibehörden der EU-Staaten verstärkt aufgefordert mit Europol zusammenzuarbeiten und auch gemeinsame Ermittlungsgruppen zu bilden, wofür der Rahmenbeschluss schon 2002 verabschiedet wurde. 2009 wurde dann im Zuge des Lissabon-Vertrages der Ratsbeschluss zur Errichtung eines europäischen Polizeiamtes verabschiedet. Dieser ist seit 2010 in Kraft und erweitert erstmalig nur die Befugnisse von Europol. Die Kontrolle von Europol durch das europäische Parlament ist vorgesehen, aber wird noch diskutiert. Das EuGH ist für die Auslegung der Rechtsakte von Europol inzwischen zuständig, bei Verletzung individueller Rechte ist allerdings weiterhin nur der JSB zuständig.<sup>12</sup>

## Kritik

Kritisiert wurde EUROPOL nach einem [Papier der Rosa Luxemburg Stiftung \(pdf\)](#) in den vergangenen Jahren besonders wegen der Führung einer Verdächtigen-Datei durch die [AWFs](#), da der Unterhalt dieser Dateien das Prinzip der Unschuldsvermutung umkehrt. Des Weiteren werden fehlende Transparenz, mangelnde Öffentlichkeit und die unzureichende demokratische und parlamentarische Kontrolle von EUROPOL beklagt. Über die Aufgaben der Behörde entscheiden die Mitgliedsstaaten eigenständig, das EP wird aus Kontrolle und Mitentscheidung raus gehalten. Weder hat das EP die Möglichkeit eine Aussprache über den jährlichen Tätigkeitsbericht der Behörde zu verlangen, noch kann es den Direktor vor den zuständigen Parlamentsausschuss zitieren. Zum dritten wird bemängelt, dass die Aufgabenzuweisung an EUROPOL zu ungenau und unpräzise sei, z. B. bei dem Begriff der „Terrorismusbekämpfung“. In dem [Lissabon-Vertrag](#) ist eine Beteiligung des EP vorgesehen, nur wurde dieses bis jetzt (2011) noch nicht umgesetzt.

## Weiteres

### **Kooperation mit FRONTEX, Eurojust und anderen EU-Institutionen**

Europol kann nach Artikel 22 des [Ratsbeschluss zur Errichtung von Europol](#) Daten mit [Eurojust](#), dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung ([OLAF](#)), der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ([FRONTEX](#)), der Europäischen Polizeiakademie ([EPA](#)), der Europäischen Zentralbank und Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ([EBDD](#)) austauschen. Dafür muss sie ein Abkommen schließen, welches vom Verwaltungsrat genehmigt werden muss und von dem zuvor eine Stellungnahme des [JSB](#) eingeholt werden muss.

### **Beteiligung am EU-Rahmenforschungsprogramm**

Im Rahmen des 7. [EU-Rahmenforschungsprogramms](#) hat die EU 1.4 Milliarden Euro für "sicherheitsrelevante" Forschung reserviert. In diesem Rahmen ist Europol an verschiedenen Projekten beteiligt. (vgl [Datenbanken EU](#))

## **EU-weite Verdeckte Ermittler im Rahmen von Europol**

Nach Information des polizeikritischen Blog Euro-Police<sup>13</sup> war Europol über den Einsatz des [Verdeckten Ermittler Marc Kennedy](#) aus [UK](#) informiert und wusste auch den echten Namen Marc Stone. Nach Telepolis<sup>14</sup> unterhält Europol zudem mit der "Cross-Border Surveillance Working Group" eine Arbeitsgruppe, um die Vermittlung und Honorierung von [V-Leuten](#) und [Verdeckte Ermittler](#) unter den EU-Mitgliedsstaaten zu vereinfachen. Polizeien der Mitgliedsstaaten, darunter das deutsche [BKA](#) und das [Zollkriminalamt](#), koordinieren sich in einer "European Cooperation Group on Undercover Activities" (ECG). Vermutlich geschah der Spitzelaustausch in diesem Rahmen. Die Bundesregierung behauptet allerdings in einer Antwort auf eine Anfrage der Linken, dass Europol nicht an ECG beteiligt sei (vgl [Datenbanken EU#ECG](#)).

## **Unkontrollierte Weitergabe von SWIFT-Daten an die USA durch Europol**

Das im Sommer 2010 verabschiedete [SWIFT](#)-Abkommen (korrekt TFTP Agreement) sah vor, dass die Anfragen über Überweisungen ins [EU](#)-Ausland von den [USA](#) an [SWIFT](#) von [Europol](#) kontrolliert werden sollte. Nach einer Inspektion durch den [JSB](#) (der sich zu emanzipieren anfängt) scheint diese Kontrolle nicht vorhanden zu sein, da [Europol](#) kritiklos alle Anfragen genehmigt hat, obwohl sie nicht den Anforderungen entsprachen. Der Linken Abgeordnete Andrej Hunko fordert deswegen den Rücktritt des Europol Direktors <sup>15</sup>

## **Für den Europol-Direktor besteht Datenschutz nur aus Geheimschutz**

In einem [europolice-Artikel vom März 2011](#) behauptet der amtierende Direktor von Europol, dass bei Europol sehr viel Wert auf Datenschutz gelegt würde. Er selber hätte sehr viel Erfahrung mit Datenschutz, da er vorher 10 Jahre beim britischen Geheimdienst MI5 gearbeitet hätte. Er scheint dabei nicht zu wissen, dass es bei [DatenSchutz](#) nicht nur um Geheimschutz, sondern auch um die Verfügungsgewalt und das Wissen der Betroffenen um die persönlichen Daten geht.

- "We are unique in the EU as an agency in the ability to collect so much personal data about the private lives of so many citizens in Europe," he says. This "exceptional responsibility" has never been compromised in the history of the organization. In terms of protecting personal data, "it's the most robust regime I've ever been associated with," he says.

## **Links**

- [Cilip-Artikel von 1998 zu Europol](#)
- [EU-Info zu Europol](#)
- [Heise zum Ratsbeschluss](#)
- [ULD Schleswig-Holstein zu Europol](#)



## Referenzen

1. [Die offizielle NRW Polizei-Zeitung Streife](#) mit einem Bericht eines Verbindungsbeamten über Europol, pdf-File (1)
2. [Heise-Newsticker](#) über Check the Web (2)
3. [euro-police](#) (3)
4. [38. TB Hessen](#) über Check the Web und Europol (4)
5. [Offizielle Webseite von Europol](#) (5)
6. [Europol Jahresbericht 2008](#) pdf-File (6)
7. [Die Kriminalisten](#) -- Einsatz in Den Haag (7)
8. [Publikationen von Europol, insbesondere Jahresberichte](#) (8)
9. [Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken von 2010](#) eingescanntes pdf (9)
10. [Euro-Police-Blog: Kontrolle der Tätigkeiten von Europol](#) (10)
11. [Offizielle Webseite der Kontrollkommission](#) (11)
12. [Wolfgang Wagner, Halt Europol](#) pdf-File (12)
13. [Euro Police: Cross-border spying on "Euro-anarchists"](#) (13)
14. [Telepolis](#) über europaweite Verdeckte Ermittler (14)
15. [Scharf-Links: Das SWIFT Abkommen suspendieren - Europol-Direktor Wainwright muss zurücktreten!](#) (15)

Datenschutz Wiki: Europol (zuletzt geändert am 2011-09-07 08:23:04 durch anonym)

- [Editieren](#)
- [Info](#)
- 

Weitere Aktionen:

[\[Glossar\]](#) [\[Privacy Policy\]](#)

---

---

---